

FreiBrief aus Berlin

Januar 2018



THORSTEN FREI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein gutes Neues Jahr und freue mich auf viele Begegnungen mit Ihnen.

Die kommenden Wochen in Berlin stehen ganz im Zeichen der Gespräche von Union und SPD über eine Neuauflage der Großen Koalition. Am Sonntag startet hierzu die Sondierungsrunde. Dringende Themen – wie die Modernisierung unseres Landes oder die Sicherheit unserer Bürger – können wir nur mit einer stabilen Regierung angehen. Wir stehen zu unserer staatspolitischen Verantwortung und es bleibt zu hoffen, dass sich die Sozialdemokraten dieser nicht verschließen werden.

Im Wahlkreis stehen in den kommenden Tagen einige Neujahrs- und Bürgerempfänge an. Das ist eine gute Zeit, mit den Menschen in das direkte Gespräch zu kommen und zu erfahren, welche Erwartungen sie von der Politik für das Jahr 2018 haben. Darauf freue ich mich besonders.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink that reads "Thorsten Frei". The signature is written in a cursive style.

Vertiefte militärische Zusammenarbeit ist ein Musterbeispiel für einen europäischen Mehrwert



Der Europäische Rat war in der letzten Sitzungswoche des Jahres Gegenstand einer aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag. In meiner Rede fokussierte ich mich auf die Gipfel-Themen „Sozialunion“ und „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zunächst betonte ich noch einmal, dass wir in einer Zeit größter politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen leben, in denen es vor allem darauf ankommt, Europa, seine Mitgliedstaaten sowie die Bürger nicht zu spalten, sondern zu einigen. Deshalb müsse sich Politik darauf konzentrieren, was den Menschen nutzt, was sie schützt und was Europa insgesamt nach vorn bringt. Es geht ausschließlich um einen echten europäischen Mehrwert. Nicht alles was europäisch gelöst wird, wird am Ende gut gelöst, weshalb ich erneut eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips einforderte. Im Ergebnis ist für mich klar, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ganz zentral ist, um einen echten Mehrwert für alle Mitgliedstaaten in der Summe zu generieren. Deshalb ist es richtig, dass die Mitglieder der EU die PESCO im Dezember beschlossen haben. Sie offenbart ein großes Einsparpotenzial, aber vor allem geht es um eine gesteigerte Effektivität. Dazu unterstrich ich noch einmal, dass Europa heute etwa 1/3 der Verteidigungsausgaben der USA aufbringe, in Summe etwa 200 Mrd. EUR, aber nur über etwa 15 % der militärischen Fähigkeiten verfüge. Wir müssen effizienter sein, um unsere Interessen schützen und erfolgreich vertreten zu können. Wir können uns nicht nur auf die USA verlassen. Deshalb brauchen wir Lösungsstrategien, um handlungsfähiger zu sein. PESCO ist aus meiner Sicht die richtige Antwort. Wir müssen in unsere Handlungsfähigkeit investieren. Heute spielen wir in Syrien keine Rolle, obwohl wir als Deutschland hauptsächlich von den Flüchtlingsauswirkungen betroffen sind. Diesen Tatsachen müssen wir realistisch ins Auge schauen und meiner Meinung nach sollten wir die Umstände ändern, so dass Europa künftig ein handlungsfähiger Akteur mit Blick auf seine unmittelbare Nachbarschaft ist. Mit Blick auf die ebenfalls in Brüssel zur Debatte stehende Sozialunion führte ich

aus, dass soziale Gerechtigkeit, soziale Mindeststandards und Arbeitnehmerrechte in Europa zum Glück eine große Bedeutung haben. Diese zu stärken, wo nötig und möglich, ist richtig. Aber einen Versuch zu starten, um mittels einer Sozialunion alle Menschen und alle Länder unter arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gesichtspunkten gleich zu behandeln und damit gleich zu machen, halte ich für falsche linke Politik. Schließlich würden Länder wie Spanien oder Griechenland unter zu hohen Standards ächzen, da ihre Wettbewerbsfähigkeit in Mitleidenschaft gezogen würde. Und ebenfalls würde die Wettbewerbsfähigkeit durch ein neues bürokratisches Monstrum geschwächt werden. Sozialpolitik muss auch weiter eine nationale Aufgabe bleiben, weil ihre Vergemeinschaftung gerade keinen Mehrwert schafft. Die Rede können Sie [hier](#) anschauen.

Thorsten Frei dankt deutschen Soldaten in Afghanistan für ihren Einsatz



Zum Jahresende hat der Deutsche Bundestag ebenso die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan im Rahmen der NATO-Mission „Resolute Support“ beschlossen. In der Debatte betonte ich zunächst die politische Bedeutung der Bundestagsentscheidung in Bezug auf den damit zum Ausdruck kommenden politischen Rückhalt für unsere Soldaten, die über Weihnachten ihren Dienst fernab von Heimat und Familie leisten. Dafür dankte ich den knapp 1.000 in Afghanistan über den Jahreswechsel Dienst leistenden Soldaten. Mit Blick auf das Mandat stellte ich fest, dass sich die Sicherheitslage weiter deutlich verschlechtert hat. Nur noch 56,8 % der 401 Distrikte stehen unter Kontrolle der Regierung, 30 % sind umkämpft und 13 % stehen unter Kontrolle der Aufstän-

dischen. Davon zeugen auch die etwa 350.000 Menschen, die in diesem Jahr zur Flucht vor Gefechten gezwungen wurden. Und zuletzt führte ich als Beleg auch die Zahl der zivilen Opfer an, die von Januar bis September 2017 nochmal um 6 % auf 8.019 gestiegen ist – davon 2.600 Tote. Angesichts dieser schwierigen Lage ist es für mich viel zu einfach, nur zu sagen, dass die deutsche Sicherheit nicht am Hindukusch verteidigt wird, sondern an der Grenze Deutschlands bzw. den EU-Außengrenzen, so wie es Linke und AfD tun. Die sicherheitspolitischen Wechselwirkungen in unserer globalisierten Welt widersprechen dieser einfachen Denkweise. Für Deutschland ist der Einsatz in Afghanistan vor allem eine Frage deutscher Interessen. Wir wollen erreichen, dass Afghanistan kein neuer Hort für Terroristen wird, der sich ungestört durch Drogengelder speist und Attentäter für Europa am Fließband produziert. Diese Gefahr besteht aber, solange Afghanistan für 70 bis 90 Prozent der weltweiten Opiumernte stehe. Die geschätzte Produktion von 9.000 Tonnen in diesem Jahr und damit eine Steigerung von 87 % sowie eine Ausdehnung der Anbauflächen um 63 % entsprechen etwa 7 % des BIP Afghanistans oder 1,4 Mrd. \$. Davon fließen etwa 50 % in die Tasche von Taliban. Diese realen Gefahren werden auch durch die Entscheidung des US-Präsidenten anerkannt, der im Wahlkampf immer für einen Abzug geworben hat und nunmehr eine Aufstockung der US-Truppen von 8.000 auf 12.000 befohlen hat. Jetzt kommt es darauf an, das seit zwei Jahren existierende Patt zwischen Kabuler Zentralregierung und den Aufständischen zu durchbrechen. Dazu braucht es mehr militärische Hilfe von außerhalb, um technische Defizite und Führungsdefizite bei den noch jungen nationalen afghanischen Sicherheitskräften auszugleichen. Denn ohne militärische Sicherheit kann es keinen zivilen Staatsaufbau geben. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Sicherheitslage in Afghanistan möglichst schnell verbessert wird, so dass die internationale Gebergemeinschaft auf die Regierung Ghani mehr Druck ausüben kann, um weitere dringende Reformen umzusetzen und einen ehrlichen und konstruktiven Friedensprozess mit den Taliban zu ermöglichen. Alles andere wird auf lange Sicht kein stabiles Afghanistan zur Folge haben. Die Rede finden Sie [hier](#).

Thorsten Frei vertritt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beim EVP-Fraktionsvorsitzenden-Kongress in Brüssel



Regelmäßig treffen sich Vertreter der konservativen EVP-Parteienfamilie aus den nationalen Parlamenten in Brüssel, um die Zukunft der Europäischen Union und die notwendigen Schlüsselthemen zu beraten. Anfang Dezember hatte ich die Chance, neben Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertreten zu können. Während Ursula von der Leyen vor allem die deutsche Sicht zu den Fortschritten im Bereich der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik skizzierte, brachte ich mich vor allem bei der Frage ein, wie die Wirtschafts- und Währungsunion als Kern des Bündnisses sinnvoll weiterentwickelt werden könnte. Die Diskussion darüber wurde in den letzten Wochen und Monaten vor allem durch die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Macron und Kommissionspräsident Juncker lebhaft geführt. Ich betonte mit Blick auf neue Initiativen und Veränderungen, dass es im Kern immer um Stärke, Stabilität und Glaubwürdigkeit von Eurozone und Euro und damit vor allem um die Einhaltung der Maastricht-Kriterien gehe. Eine Schuldenbremse mit Blick auf 3% des BIP bei der jährlichen Neuverschuldung und 60% des BIP beim Gesamtschuldenstand, so wie wir sie in den Verträgen festgeschrieben haben, sind unverändert in die Zukunft gerichtete Werte. So wie die butterweiche Behandlung dieser Werte in Bezug auf die Mitglieder ebenso unverändert eines der Hauptprobleme ist. Aus meiner Sicht wäre es deshalb ein wichtiger Schritt nach vorn, wenn der ESM zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt würde, der unabhängig von politischen Vorgaben und Überlegungen die Überwachung der Maastricht-Kriterien nach rein wissenschaftlichen und arithmetischen Gesichtspunkten übernehmen und auch mit objektiv nachvollziehbaren und einheitlich anzuwendenden Sanktionierungen verknüpfen würde. In diesem Zusammenhang habe ich auch darauf verwiesen, dass

gerade die Kohäsions- und Strukturfondsmittel ein gutes Instrumentarium zum Ausgleich struktureller Unterschiede in den einzelnen Staaten sein können. Ganz klar war auch meine neuerliche Absage an jedweden Versuch, eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden im europäischen Maßstab zu organisieren.

Parlamentarischer Abend Jugendmigrationsdienste



In Berlin habe ich an einem sehr interessanten Austausch im Rahmen der Konferenz der Jugendmigrationsdienste teilgenommen, der meine Gespräche im Wahlkreis sehr effektiv ergänzen konnte. Das Thema ist mir nicht nur als Bundespolitiker, sondern - von der praktischen Seite her - auch als Kreisrat im Schwarzwald-Baar-Kreis bekannt und wichtig. Nicht zuletzt aus diesen Erfahrungen heraus habe auch ich mich dafür eingesetzt, dass die Finanzausstattung der Jugendmigrationsdienste ab 2016 auf über 50 Mio. Euro deutlich erhöht wurde. Die intensiven Gespräche mit den Fachleuten und Praktikern aus ganz Deutschland haben deutlich gemacht, dass der Beratungsbedarf von jungen Menschen im Alter zwischen 12 und 27 Jahren vor allem beim Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. in den Beruf sehr hoch ist. Diese Phase ist jedoch für ein gelingendes Leben von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus stellt die Bundesregierung weitere 20 Mio. Euro für den Ausbau der Jugendmigrationsdienste und die Arbeit an Schulen im Rahmen des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus zur Verfügung. Ich werde das Thema weiter mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, schließlich ist es für das Gelingen der großen Integrationsherausforderungen in den kommenden Jahren von herausragender Bedeutung.

Generelle Altersfeststellung und Abschiebung krimineller unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ermöglichen



Ganz klar ist, dass Kinder in Deutschland einen besonderen Schutz genießen. Das gilt uneingeschränkt auch für Flüchtlingskinder und im besonderen Maße für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMA). Schließlich haben viele von ihnen in einer entscheidenden Phase der Entwicklung traumatische Erlebnisse und Gräueltaten erfahren müssen. Ebenso klar ist für mich aber auch, dass sich Deutschland nicht von einigen renitenten Störenfriedern und Straftätern unter dem Vorwand der Minderjährigkeit auf der Nase herumtanzen lassen darf. Unsere Fürsorge endet an dem Punkt, an dem die Sicherheits- und Ordnungsinteressen der Gesellschaft berührt werden. Schließlich verliert die Bevölkerung zu Recht das Vertrauen in den Rechtsstaat, wenn beispielsweise wie in Mannheim eine Gruppe von bis zu 20 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen Angst und Schrecken verbreitet, sich an keine Regeln hält und sogar gegen die Polizei handgreiflich wird. Dann liegt ein Staatsversagen vor. Damit hat es der Mannheimer Oberbürgermeister auf den Punkt gebracht. Mit solchen Zuständen möchte ich mich nicht zufrieden geben. Für mich bedeutet das, dass wir die gesetzlichen Regelungen schaffen müssen, um solche Unruhestifter in die Schranken zu weisen. Das sind wir den Menschen in unserem Land und unserem Rechtsstaat schuldig. Das bedeutet in erster Linie, dass wir sämtlichen straffälligen Migranten – egal ob mit Asylstatus oder im Verfahren – deutliche Grenzen aufzeigen. Immer nur mehr Sozialarbeiter sind keine Lösung. Darüber lachen sich notorisch Kriminelle lediglich schief. Es braucht deutlich sichtbare Handlungen. Für mich bedeutet das, dass wir auch Abschiebungen von straffälligen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen möglich machen müssen. Entweder schaffen wir es, Kontakt zu Familienan-

gehörigen im Herkunftsstaat ausfindig zu machen oder wir sorgen für Ausweisungsmöglichkeiten in sicheren Drittstaaten. In jedem Falle müssen sich Straftäter eines jeden Alters darauf einstellen, dass es bei uns in Deutschland keinen Anspruch auf soziale Wohltaten und Samthandschuhe gibt. Ein weiterer richtiger Schritt wäre eine generelle Altersfeststellung im Zuge der Statusfeststellung, sofern von den Asylantragstellern ein Alter unter 18 Jahren angegeben wird. Letztlich ist doch bekannt, dass viele ein falsches Alter angeben, um in den Genuss der Vorzüge der Minderjährigkeit zu gelangen. Während das Schlepperwesen das System schnell optimiert hat, ist das High-Tech-Land Deutschland nicht bereit, die technischen Möglichkeiten der Zeit zu nutzen und entsprechende Antworten zu finden. Das Argument der Kosten der Altersfeststellung ist an den Haaren herbeigezogen. Die etwa 2.000 EUR je Fall sind geradezu bescheiden im Vergleich der Jahreskosten für den Unterhalt von UMA, die im Bereich von 60.000-80.000 EUR liegen. Auch die Sorge, dass zu sehr in die Persönlichkeitsrechte der betroffenen jungen Erwachsenen eingegriffen werden könnte, hielte ich für überzogen.

Unternehmensbesuch beim Existenzgründer MBE Donaueschingen



Nachdem der Inhaber und Geschäftsführer von MBE MAIL BOXES ETC. Donaueschingen, Sigi Zobel, mich bereits im Sommer dieses Jahres eingeladen hatte, um das Unternehmen und seine Herausforderungen kennen zu lernen, konnte ich die Geschäftsräume an der Max-Egon-Straße nun endlich persönlich besuchen. MBE ist als Franchise-Unternehmen mit zwei Schwerpunkten am Markt platziert: Zum einen Grafik und

Druck, zum anderen Versand und Verpackungen. Mich haben zum einen die Kompetenz, die Breite der Angebote und Dienstleistungen, vor allem aber auch die absolute Serviceorientierung sehr überzeugt. Über Partnerunternehmen gibt es einen weltweiten Versandservice für Pakete und Dokumente, der sich ganz stark an den individuellen Kundenwünschen ausrichtet.

Thorsten Frei besucht 10. Klassen der Realschule St. Georgen

Bei meinem Besuch bei den 10. Klassen der Realschule St. Georgen traf ich auf bestens vorbereitete Schülerinnen und Schüler. Die drei Klassen haben sich nicht nur sehr intensiv mit dem politischen System in Deutschland auseinandergesetzt, sondern waren auch an der aktuellen politischen Situation in unserem Land sehr interessiert. Vor allem die schleppende Regierungsbildung nach der Bundestagswahl hat die Schüler sehr beschäftigt. Daneben haben die Schüler nicht nur zu den Themen Migration, Nachhaltigkeit, Steuerpolitik und Dieselproblematik nachgefragt, sondern auch ausgesprochen meinungsstark Position bezogen. Für mich ist es immer wieder wohltuend, Schüler – und junge Menschen insgesamt – zu erleben, die sich aktiv in der Gesellschaft einmischen. Da muss uns um die Zukunft wirklich nicht bange sein.

Unternehmensbesuch bei Continental Automotive in Villingen



Zum wiederholten Mal habe ich den größten industriellen Arbeitgeber meines Wahlkreises besucht. Die knapp 1.500 Mitarbeiter bei Continental Automotive arbeiten unter den Gesichtspunkten Effizienz, Sicherheit und Vernetzung an den Technologien für die Mobilität der Zukunft. Ein Schwerpunkt des Besuchs war daher in diesem Jahr die Ausbildungsabteilung. Derzeit werden dort 69 junge Menschen ausgebildet.

Nachdem ich gemeinsam mit dem Standortleiter Ludger Trilken, sowie dem Personal- und dem Ausbildungsleiter einen Rundgang durch einzelne Stationen der Ausbildung gemacht hat, wo die Azubis aus ihren aktuellen Projekten und Arbeiten berichteten, sind wir anschließend zu einer Diskussion über politische Themen zusammen gekommen. Es ist beeindruckend zu sehen, wie sich die jungen Auszubildenden nicht nur intensiv mit ihrer Lebenssituation, sondern auch mit der Welt um sie herum beschäftigen. Wir haben daher unter anderem auch die Themen Migration, Rente, Klimaschutz und die aktuelle Situation in Berlin besprochen.

Jägerbataillon 292 wird nach Litauen verabschiedet



Etwa 450 Soldaten des in Donaueschingen stationierten Jägerbataillons 292 werden Ende Januar als Teil einer multinationalen Battlegroup nach Rukla in Litauen verlegt. Dort sind sie für die nächsten sechs Monate Teil der NATO-Mission Enhancing Forward Presence. Der Einsatz ist zum einen die Antwort auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und zum anderen auch eine effektive Rückversicherung des transatlantischen Bündnisses für Polen und die baltischen Staaten. Der Dienst der Soldatinnen und Soldaten ist damit echter Friedensdienst und Ausdruck unseres Bemühens auch in den internationalen Beziehungen für eine Ordnung einzutreten, die auf die Stärke des Rechts setzt. Mit meiner Teilnahme am offiziellen Verabschiedungsapell in der Fürstenberg-Kaserne habe ich demonstriert, dass ich mich im Rahmen meiner Mitgliedschaft im Auswärtigen Ausschuss politisch für die Auslandsmissionen

der Truppe verantwortlich sehe, mich unseren Soldatinnen und Soldaten verbunden fühle und großes Vertrauen in ihre Arbeit habe.

Besuch bei der Sto-Gruppe in Donaueschingen



Ein weiteres Mal habe ich die Firma Sto an ihrem Standort Donaueschingen besucht. Die Sto-Gruppe mit ihrem Stammsitz in Stühlingen-Weizen beschäftigt heute weltweit über 5.500 Mitarbeiter und ist Innovationsführer in nahezu allen Geschäftsfeldern. Trotz der Größe ist Sto ein klassisches mittelständisches Familienunternehmen, in dem langfristiges Denken die Unternehmensphilosophie prägt. Neben einem Rundgang durch die Produktion stand vor allem ein Gespräch mit dem Vorstand Technik, Jan Nissen, dem Produktionsleiter Norbert Güntert und dem Leiter Public Affairs, Christoph M. Stolz, im Mittelpunkt des Besuchs. Dabei haben wir insbesondere über die richtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für mehr Klimaschutz und den Beitrag von Gebäudetechnikoptimierung und zeitgemäßer Fassadendämmung gesprochen. Sto verfügt hier über eine wirklich beachtliche Problemlösungskompetenz. Wichtig ist dabei aus meiner Sicht eine Lösung, die steuerliche Förderung ermöglicht, ohne lediglich Mitnahmeeffekte auszulösen. In diesem Zusammenhang haben wir auch interessante Themen rund um die Wiederverwertung und das intelligente Recycling diskutiert.

CDU setzt sich durch: Kreis-Haushalt ohne Schulden und mit Senkung der Kreisumlage



Gemeinsam mit der Fraktion der Freien Wähler konnte die CDU-Fraktion ihre Anträge zur Verabschiedung des Haushaltes des Schwarzwald-Baar-Kreises durchsetzen. Dies bedeutet, dass der Landkreis nicht nur erneut keine neuen Schulden machen muss, um seine Aufgaben im Jahr 2018 zu finanzieren. Im Gegenteil kann die Verschuldung des Landkreises sogar noch um etwa 2 Millionen Euro auf 20,8 Mio. Euro reduziert werden. Angesichts der Tatsache, dass die Verschuldung vor zehn Jahren noch bei knapp 50 Millionen Euro gelegen hat, konnte hier der Kurs des generationengerechten Wirtschaftens konsequent fortgesetzt werden. Gleichzeitig ist es aber auch gelungen, die Kreisumlage von 31,1 auf 30,0 Hebesatzpunkte zu senken. Damit können die Handlungsspielräume der zwanzig Städte und Gemeinden weiter gestärkt werden. Die finanzielle Lage ist so bombastisch, dass im vergangenen Jahr ein satter Überschuss erwirtschaftet wurde. Gleichzeitig wird der Haushalt bei uns immer sehr konservativ und vorausschauend aufgestellt und nicht auf Kante genäht wie andersorts. Daraus resultierend sollten auch die Städte und Gemeinden von der guten Konjunktur profitieren. Insgesamt ist der Schwarzwald-Baar-Kreis bestens aufgestellt und gerüstet, die Herausforderungen der Zukunft gut zu meistern.

Redaktionsgespräche mit der Neckarquelle und dem Schwarzwälder Boten

Kurz vor Weihnachten habe ich mich mit Journalisten des Schwarzwälder Boten und der Neckarquelle jeweils zu einem Redaktionsgespräch getroffen. Darin

habe ich nochmals deutlich gemacht, dass wir in der Verantwortung stehen, möglichst rasch eine stabile Bundesregierung für Deutschland zu bilden. Sie können die beiden Interviews hier nachlesen (Link):

- [Schwarzwälder Bote, 19. Dezember 2017](#)
- [Neckarquelle, 22. Dezember 2017](#)

Nächste Bürgersprechstunde am 9. Januar 2018

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am 9. Januar 2018 in meinem Wahlkreisbüro, Justinus-Kerner-Straße 5 in Villingen-Schwenningen, statt. Gerne stehe ich Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Zur Vermeidung unnötiger Wartezeiten bitte ich Sie, vorab Kontakt mit meinem Büro unter der Telefonnummer 07721 / 9953544. Ich freue mich auf Sie!

A graphic featuring a photograph of Thorsten Frei in a dark suit and light blue tie, smiling and walking outdoors. Overlaid on the left side of the image is a white box with a black circle containing the letters 'TF.' in white. Below this, the text 'Bürgersprechstunde' is written in a bold, sans-serif font. Underneath, the date '9. Januar 2018' and the time 'ab 15.00 Uhr' are listed. Further down, the location 'Wahlkreisbüro' is specified, followed by a telephone icon and the number '07721 / 99 535 44'.

Um 17.30 Uhr findet am gleichen Tag eine weitere Online-Bürgersprechstunde bei Facebook statt. Besuchen Sie hierzu meine Seite unter <http://www.facebook.com/ThorstenFreiCDU>.



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei